

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postämter, Postträger und Reichspostämter sind zu jeder Zeit bereit, den Abnehmern den Abdruck des Tagesblattes zu liefern. Die Abnahme ist durch den Abnehmer zu bestätigen. Der Abdruck des Tagesblattes ist durch den Abnehmer zu bestätigen. Der Abdruck des Tagesblattes ist durch den Abnehmer zu bestätigen.

Abdruckpreis: die 8spaltige Zeile 20 Pf., die 4spaltige Zeile 10 Pf., die 2spaltige Zeile 5 Pf., die 1spaltige Zeile 2 Pf. Die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Die 2spaltige Zeile 20 Pf., die 1spaltige Zeile 10 Pf. Die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Die 2spaltige Zeile 20 Pf., die 1spaltige Zeile 10 Pf. Die 4spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Die 2spaltige Zeile 20 Pf., die 1spaltige Zeile 10 Pf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 67 — 91. Jahrgang Seleg.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksbed.: Dresden 2840 Sonnabend, den 19. März 1932

Nerven behalten!

Der Selbstmord der Millionäre — Von der Donau bis zur Memel — Wahlen am laufenden Band.

Es gehört schon eine überaus rege und zudem eine sich in längst vergangenen Zeiten bewegende Dichtphantasie dazu, um, wie Uhland es tat, zu behaupten: „Die Welt wird schöner mit jedem Tag.“ — dafür ist aber die Fortsetzung um so richtiger: „Man weiß nicht, was noch werden mag.“ Das ist derart zutreffend, daß uns kein politischer Coustümus veranlassen kann zu der Behauptung eines stammelnden und stotternden „Es geht uns besser und besser.“ Der Pistolenschuß von Arreger's im Pariser Hotelzimmer gibt ebenso eine verzeihliche Antwort darauf wie das Echo dieses Schusses drüben in Amerika, wo gleichfalls der Leiter eines Weltkongresses seinem Leben ein Ende machte. Nicht deshalb, weil Castran in ernste Schwierigkeiten geraten war wie der schwedische Zündholz- und Erzkönig, um den jetzt seine auf ihn mit Recht so stolze Heimat trauert —, sondern der amerikanische Rodat-König zweifelte und verweigerte daran, schnell wieder zu der ganzen Höhe seiner früheren finanziellen Macht emporzuwachen zu können. Man hat ein billiges Wort dafür: die Nerven vertragen. In Paris und drüben in Amerika. Das mag vielleicht eine physiologische Erklärung sein, ist aber keine moralisch-ethische Entschuldigend. Denn mit dem Nervenverlust und riesenhaften Wirken der beiden Männer, die nicht mehr wirken und wirken wollten, war und ist das Schicksal vieler, vieler Tausender von — Menschen verknüpft. So lange für sie „die Welt schöner wurde mit jedem Tag,“ so lange auch das — wohlverdiente — Glück ihnen geradezu nachließ und Erfolg auf Erfolg häuften sich, solange sie oben schwammen im Strom des Lebens, haben sie „die Nerven“ behalten; aber mit dem Glück und dem Erfolg zugleich verloren sie die Haltung, an der sich der wahrhaft große Charakter erweist. Nicht stark genug wirkte in ihnen das Bewußtsein der Verantwortung für die Menschen, deren Daseinsgestaltung abhängig war oder gemacht wurde von dem Tun dieser Männer, die nur nach außen hin „Könige“ waren, denen aber das wahrhaft „Königliche“ fehlte, das Gefühl der Verantwortung für die andern, einer Verantwortung, die vor allem dann zum Einsetzen der eigenen Person zwingt, wenn „man nicht weiß, was noch werden mag.“

Was sollen denn erst wir Deutschen sagen und machen! An unsere „Nerven“ werden doch in den bald 18 Jahren der Kriegs- und Nachkriegszeit die allergrößten Ansprüche gestellt! Und zu den zahlreichen unausweichbaren Nervenproben, die namentlich die Nachkriegszeit in rascher Folge uns auferlegt, gesellen sich noch jene anderen, rein willkürlichen, die nichts als üble Überbleibsel der Kriegszeit und der Friedensbitte sind. Nicht drastisch nicht von dem aufgeregten Handeln und Verhandeln Tardieu's wegen seiner beabsichtigten Donau-Konföderation der Inhalt der deutschen Antwortnote ab, die feste und präzise Vorschläge für eine schnelle Stützung des zusammenbrechenden Österreichs und Ungarns bringt. Außerdem sind diese Vorschläge doch sehr einfacher Natur; sie wollen nicht unüberwindlich kompliziertes zusammenbringen und zusammenzwingen, nicht das auseinanderreißen, was auf natürliche Weise zusammengewachsen ist und zusammenwächst. Natürlich setzt sofort auf der Gegenseite ein verstärktes Treiben der Politiker ein, die selbst über wirtschaftliche Dinge und Nöte niemals rein wirtschaftlich denken und planen können, sondern uns höchst aufgeregter allerhand finstere politische Absichten unterscheiden, für unsere Bemühungen gegen das Streben, uns nicht wirtschaftlich einfach ausschalten zu lassen. Man sucht nicht jemanden hinter einer Hecke, hinter der man nicht selbst gefressen hat! Derselbe Herr Tardieu hatte es ja auch überaus eilig, auf der Genfer Abrüstungskonferenz vorschnell mit seinem Aufrüstungsplan herauszurücken und damit die Absichten der andern Beteiligten über den Haufen zu rennen. Daß ihm das glückte, wird er selbst wohl nicht behaupten können; denn die Konferenz geht zunächst einmal für ein paar Wochen in die Osterferien in dem trauten Bewußtsein, zwar viel geredet, aber nicht gehandelt, also auch die Nerven weiter nicht strapaziert zu haben. Das ist nicht etwa die Politik des „Nur die Ruhe kann es machen!“, sondern des Ausweichens vor jeder aufregenden politischen Nervenprobe. Da ist es fast als ein Weltwunder zu betrachten, daß die Garantemächte des Memelstatuts sich doch wenigstens ein bißchen dazu aufgerafft haben, den Herren in Rowno den Warfch zu blasen, — wenn auch wohl nicht gerade in schmetternden Tönen!

Es ist doch eigentlich sonderbar: während in der Weltpolitik das „Prellige“ oft eine derartige Rolle spielte und spielt, daß sich daran die größten Streitigkeiten und sogar Kriege entzündeten, dulden es jene großen Garantemächte, daß Litauen auf ihrem Prellige mit Angelfischen herumtrampelt und auf das „Prellige“ gar keine Rücksicht nimmt. Es ist die Nervosität dessen, der sich innerlich im Unrecht fühlt und deswegen einfach zur Gewalt greift. Deutschland hat gewartet und warten müssen, bis diese Gewalt noch deutlicher sichtbar wurde als bisher schon — und das war eine schwere Nervenprobe! Abri-

Groener rückt von Severing ab.

„Alle bekannte Nachrichten“.

Erklärungen des Reichsinnenministers Groener. Zu den Hausnachrichten, die der preussische Innenminister Severing in nationalsozialistischen Säubertagen in Preußen hat vornehmen lassen, und zu den Beschwerden, die die Zentrale der NSDAP. in München gegen diese Hausnachrichten beim Reichsinnenministerium geführt hat, läßt Reichsinnenminister Groener folgendes mitteilen: „Es ist zutreffend, daß Herr Röhm einige Tage vor der Wahl mir als Reichsinnenminister hat melden lassen, daß er beabsichtige, für den Wahltag die SA in ihren Untertunsträumen geschlossen zu halten, um allen Zusammenstößen auf der Straße vorzubeugen. Gegen diese Maßnahme bestanden beim Reichsinnenministerium keine Bedenken, besonders auch deshalb nicht, weil dadurch die Verantwortlichkeit der SA-Leitung für alle etwaigen Vorkommnisse klar festgestellt war. Der ruhige Verlauf der Wahl hat der Auffassung des Ministeriums recht gegeben.“

Dieser Mitteilung des Reichsinnenministeriums wird von zuständiger Stelle hinzugefügt, daß selbstverständlich auch das Ministerium entsprechende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung getroffen habe. Die Unterbringung der SA in ihren Untertunsträumen sei natürlich kein Akt für irgendwelche demnach begangenen strafbaren Handlungen.

In einer weiteren Auslassung des Reichsinnenministers, die sich mit den in der Öffentlichkeit verbreiteten Nachrichten über eine angebliche Mobilmachung der SA am letzten Wahlsonntag beschäftigt, auf die auch Minister Severing in seinen Veröffentlichungen Bezug genommen hat, läßt der Reichsinnenminister erklären: „Was die in den letzten Tagen in der Presse verbreiteten Nachrichten über Mobilmachung der SA und Putschabsichten angeht, so handelt es sich dabei zum Teil um alte bekannte Nachrichten. Soweit es sich um neue Nachrichten handelt, werde ich sie unterzüglich scharf nachprüfen. Selbstverständlich wird von mir die nationalsozialistische Bewegung dauernd sorgfältig beobachtet und jede der Nachrichten auf ihre Richtigkeit nachgeprüft.“

Ich habe den preussischen Innenminister gebeten, mir schleunigst das bei den Hausnachrichten der letzten Tage gesandte Material zugänglich zu machen. Nach Prüfung desselben werde ich meine Entschlüsse treffen.“ Von zuständiger preussischer Stelle wird erklärt, daß auf die Frage, ob sich der preussische Innenminister wegen der Hausnachrichten bei den Nationalsozialisten vorher mit den zuständigen Reichsstellen in Verbindung gesetzt habe, keine Auskunft erteilt werden könne. Der preussische Innenminister habe als Polizeimeister nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, alles zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung Erforderliche zu tun. Auch Preußen seien die vom Reichsinnenministerium erwähnten Nachrichten seit längerem bekannt gewesen.

Diese Nachrichten hätten jedoch erneut Bedeutung gewonnen angesichts weiterer Meldungen über die Bewaffnung der Formationen. Die Aktion des preussischen Innenministers habe weniger politischen, als vielmehr juristisch-rechtlichen Charakter gehabt. Das Ergebnis der politischen Maßnahmen liege noch nicht vor. Das sei ja auch aus technischen Gründen gar nicht möglich. Alarmbereitschaft der „Eisernen Front“ am 13. März? Die Berliner Nachtausgabe meldet: Wie wir aus zuverlässigen Quellen erfahren, sind auch die Anhänger der „Eisernen Front“ bei der Reichspräsidentenwahl während der Nächte vom Sonnabend zum Montag in erhöhter Alarmbereitschaft gehalten worden. An verschiedenen Stellen der Reichshauptstadt und anderswo waren starke Abteilungen des Reichsbanners untergebracht, die sich telefonisch verständigten, um gegebenenfalls eingreifen zu können. Wie wir weiter erfahren, hatte die Regierung auch davon Kenntnis. Nationalsozialistische Beschwerde. Von der NSDAP. ist beim Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte Beschwerde gegen die Altmobilisierungsmaßnahme eingereicht worden mit dem Antrag auf richterliche Entscheidung über die Zulässigkeit dieser polizeilichen Maßnahme. Die neue Legalitätserklärung. Die Abgeordneten Göring und Brandt II beim Reichsinnenminister. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Göring und Brandt II sind beim Reichsinnenminister Dr. Groener wegen der Aktion der Preußenregierung gegen die NSDAP. vorstellig geworden. Abgeordneter Göring erklärte im Anschluß an die Besprechung, der Reichsinnenminister habe erklärt, er würde das Material untersuchen und beuge nicht die Befürchtungen, die von einigen Seiten an die Angelegenheit geknüpft würden. Er glaube auch, daß es Hitler durchaus ernst mit der Durchführung der Legalität sei. Zur Bemerkung sehe er keinen Anlaß. Weiter habe der Minister betont, daß er sich gegen ein Verbot der Partei mit aller Entschiedenheit wenden würde. Der Minister habe dann zugesagt, daß er das beschlagnahmte Material prüfen, es aber auch mit dem ihm von der NSDAP. übergebenen Material vergleichen werde, um dann dazu Stellung zu nehmen. Abgeordneter Göring erklärte weiter, die Ausgabe eines geheimen Stichtwortes für die Besetzung des Reichs sei eine rein organisatorische Maßnahme gewesen. Es sei nur natürlich, daß für den Wahltag ein geheimes Stichtwort herausgegeben worden sei. In den Waffensunden erklärte er, daß es sich hier um vereinzelte verbotene Bewaffnungen handele. Die in Frage kommenden Führer würden zur Rechenschaft gezogen werden. Nach wie vor gelte strenger Parteibehehl, keine Waffen zu führen. Zuwiderhandelnde würden mit Ausschluß aus der Partei bestraft. Die NSDAP. erblicke in dem Vorgehen der preussischen Regierung eine Maßnahme, um die Nationalsozialisten mit allen Mitteln und Methoden vor den Preußenwahlen zu unterdrücken. Diesen Versuch werde die NSDAP. jeden verfassungsmäßigen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Goethefeiern in Weimar.

Der Reichskanzler als Vertreter der Reichsregierung. Bei den Goethefeiern in Weimar, die vom 20. bis 28. März stattfinden, wird die Reichsregierung durch Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsinnenminister Dr. Groener vertreten sein. Den

mehr polizeilichen Charakter gehabt. Das Ergebnis der politischen Maßnahmen liege noch nicht vor. Das sei ja auch aus technischen Gründen gar nicht möglich. Alarmbereitschaft der „Eisernen Front“ am 13. März? Die Berliner Nachtausgabe meldet: Wie wir aus zuverlässigen Quellen erfahren, sind auch die Anhänger der „Eisernen Front“ bei der Reichspräsidentenwahl während der Nächte vom Sonnabend zum Montag in erhöhter Alarmbereitschaft gehalten worden. An verschiedenen Stellen der Reichshauptstadt und anderswo waren starke Abteilungen des Reichsbanners untergebracht, die sich telefonisch verständigten, um gegebenenfalls eingreifen zu können. Wie wir weiter erfahren, hatte die Regierung auch davon Kenntnis. Nationalsozialistische Beschwerde. Von der NSDAP. ist beim Vernehmungsrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte Beschwerde gegen die Altmobilisierungsmaßnahme eingereicht worden mit dem Antrag auf richterliche Entscheidung über die Zulässigkeit dieser polizeilichen Maßnahme.

Die neue Legalitätserklärung. Die Abgeordneten Göring und Brandt II beim Reichsinnenminister. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Göring und Brandt II sind beim Reichsinnenminister Dr. Groener wegen der Aktion der Preußenregierung gegen die NSDAP. vorstellig geworden. Abgeordneter Göring erklärte im Anschluß an die Besprechung, der Reichsinnenminister habe erklärt, er würde das Material untersuchen und beuge nicht die Befürchtungen, die von einigen Seiten an die Angelegenheit geknüpft würden. Er glaube auch, daß es Hitler durchaus ernst mit der Durchführung der Legalität sei. Zur Bemerkung sehe er keinen Anlaß. Weiter habe der Minister betont, daß er sich gegen ein Verbot der Partei mit aller Entschiedenheit wenden würde. Der Minister habe dann zugesagt, daß er das beschlagnahmte Material prüfen, es aber auch mit dem ihm von der NSDAP. übergebenen Material vergleichen werde, um dann dazu Stellung zu nehmen.

Abgeordneter Göring erklärte weiter, die Ausgabe eines geheimen Stichtwortes für die Besetzung des Reichs sei eine rein organisatorische Maßnahme gewesen. Es sei nur natürlich, daß für den Wahltag ein geheimes Stichtwort herausgegeben worden sei. In den Waffensunden erklärte er, daß es sich hier um vereinzelte verbotene Bewaffnungen handele. Die in Frage kommenden Führer würden zur Rechenschaft gezogen werden. Nach wie vor gelte strenger Parteibehehl, keine Waffen zu führen. Zuwiderhandelnde würden mit Ausschluß aus der Partei bestraft. Die NSDAP. erblicke in dem Vorgehen der preussischen Regierung eine Maßnahme, um die Nationalsozialisten mit allen Mitteln und Methoden vor den Preußenwahlen zu unterdrücken. Diesen Versuch werde die NSDAP. jeden verfassungsmäßigen Widerstand entgegenzusetzen.

Reichspräsidenten vertritt Staatssekretär Meißner. Den Reichstag wird Reichspräsident Loh vertreten. Die deutschen Länder werden zum größten Teil durch ihre Ministerpräsidenten vertreten sein, Preußen durch den Kultusminister Grimm. Zahlreiche Vertreter entsenden der Reichsrat, das Reichsgericht, die Reichsbank, der Reichsfinanzhof, der Deutsche Städtebund, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, die Goethegesellschaft, die Kirchenverbände, die Universitäten, der Bühnenverein und die Bühnengenossenschaft u. a. Für die Städte Berlin und Leipzig werden die Oberbürgermeister erscheinen. Natürlich wird auch Goethes Vaterstadt Frankfurt a. M. vertreten sein. Angemeldet haben sich ferner zahlreiche deutsche Dichter und Schriftsteller.

Die Botschafter Frankreichs, Italiens und Japans werden persönlich anwesend sein. Großbritannien entsendet als Gesandten den britischen Generalkonsul in München. Auch alle übrigen Staaten der Welt entsenden Sondergesandte. Bemerkenswert ist ferner, daß der Rektor der Universität Paris sein Erscheinen angemeldet hat. Der feierliche Akt am Dienstag, 22. März, mittags 12 Uhr, bei der Fürstengruft auf dem Friedhof in Weimar wird sich so vollziehen, daß Reichskanzler Dr. Brüning und die frühere Großherzogin von Weimar sich in das Innere der Gruft begeben und am Sarge Goethes Kränze niederlegen. Während dieser Zeit läuten im ganzen Reiche die Glocken. Außerhalb der Fürstengruft legen die Diplomaten und sonstigen Vertreter ihre Kränze am Katafalk nieder.